

Alex Messerli

Präsident Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband (LLV)

Es gilt das gesprochene Wort

Gutes in der Bildung bewahren und stärken

Die Initiative setzt sich für die Bildung ein und will den Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung auch in Zukunft ermöglichen. Die Initiative stellt vier Forderungen welche sie verbindlich in der Verfassung sehen möchte. Alle Vorschläge sind auf Grund des Leitungsabbaus mit der Sparpolitik entstanden, welche die Bildungsqualität gefährdet. Die Initiative macht sich mit ihren Forderungen für mehr Verlässlichkeit und Kontinuität auch auf der Volksschule stark. Davon profitieren die Lernenden, die Eltern und die Lehrpersonen. Wie sehen die Forderungen für die Volksschule aus?

Die **Rahmenbedingungen** des Förderunterrichts sind seit Jahren ein Thema und geben Anlass zu Diskussionen. Die SchülerInnen profitieren am meisten, wenn ausreichend Ressourcen, genügend und genügend qualifiziertes Personal und gute Rahmenbedingungen vorhanden sind. Dies sicher zu stellen ist eine Forderung der Initiative.

Die Regierung vergleicht die Klassengrössen mit anderen Kantonen und sieht keinen Handlungsbedarf, bzw. hält sie für durchschnittlich. Was sie nicht sagt, ist, dass mit dem Heraufsetzen der Mindestgrösse der Klassen schon gespart wurde und dies einen grossen Einfluss auf die Anzahl der Schülerinnen in den einzelnen Klassen hat. Die Initiative möchte nicht, dass aus reinen Spargründen mehr SchülerInnen in eine Klasse eingeteilt werden müssen.

Ein weiteres Beispiel, in welchem sich die Sparpolitik negativ auf die Rahmenbedingungen der Bildung wirkte, zeigte sich beim Lehrplan 21. Es ist grundsätzlich unverständlich wie die Regierung und das Parlament sich entscheiden konnten, dass ein solches Grossprojekt ohne zusätzliches Geld, also kostenneutral, eingeführt werden konnte. Das Angebot auf der Sekundarschule wurde abgebaut, damit man die Stunden auf der Primarschule aufstocken kann und nicht mehr bezahlen muss. Die Konsequenzen tragen die SchülerInnen.

Die Initiative fordert freien **Zugang zu Bildung**. Die Regierung hat wiederholt gezeigt, dass sie nicht gegen die Einführung von höheren Gebühren ist. Der Bundesgerichtsentscheid hat nun, zumindest auf der Volksschule, Klarheit geschaffen und eine kostenlose Volksschule garantiert. Wenn jedoch reiche Gemeinden ein **breiteres Bildungsangebot** anbieten können, da sie mehr Finanzen zur Verfügung haben und finanzärmere Gemeinden dies nicht tun können, so gefährdet dies die Chancengleichheit. Es kann nicht sein, dass der Wohnort entscheidet, ob eine Schule zusätzlichen Angebote anbieten kann und eine andere nicht. So ist es z.B. vorgekommen, dass eine Gemeinde Stellvertretungen nicht mehr garantieren wollte. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Betreuungssicherheit und zwingt die Eltern, diese selber zu organisieren. Die Initiative will hier Verlässlichkeit ins Gesetz schreiben, da die geltenden Regeln missachtet wurden.

Eine **gute Bildung im ganzen Kanton** zu haben, bedeutet auch, dass die Verfügbarkeit der Schule gewährleistet ist. Die zahlreichen Versuche Sekundarschulkreise zusammenzulegen, sind ein Beispiel, welches v.a. ländliche Gebiete hart trifft. Die Widerstände aus der Bevölkerung haben oft ihre Wirkung gezeigt. So soll es bleiben. Längere Schulwege dürfen nicht das Resultat von Sparübungen sein. Nicht in der Schweiz und auch nicht im Kanton Luzern.

Die Initiative möchte Gutes in der Bildung bewahren und stärken. Bewahren, um einen weiteren Qualitätsabbau zu verhindern und stärken, um an Bewährtes anzuknüpfen. Es ist endlich Zeit, ein Zeichen gegen den Bildungsabbau und für die Bildung zu setzen. Unsere Kinder und unsere Zukunft sind es uns Wert. Mit der Initiative machen wir einen Schritt in diese Richtung.